

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Aktuelle Stunde am 23.3.2011 „Atomkraft, nein danke! Für eine zukunftsfähige Energieversorgung in Brandenburg und Deutschland.“ - Drucksache 5/2905

Lehren aus Fukushima ziehen - Energiepolitik neu gestalten

Der Landtag stellt fest:

Die Atomenergie ist eine nicht beherrschbare Risikotechnologie. Fukushima verdeutlicht dies auf tragische Weise, wie zuvor bereits die Atomunfälle von Three Miles Island, Harrisburg (1979) und Tschernobyl (1986). Was von den Atomkraft-Fürsprechern als Restriktio abgetan wurde, ist erneut erschütternde Realität geworden. Weltweit ist kein Reaktor für den Fall einer Kernschmelze gerüstet. Die Lehre hieraus – international und in Deutschland - kann nur der schnellstmögliche Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie sein.

Die Nutzung der Atomenergie ist keine nationale Frage. Die nuklearen Folgen eines Atomunfalls machen vor Ländergrenzen nicht halt. Brandenburg und die Bundesregierung müssen deshalb den Dialog mit unserem Nachbarn Polen intensivieren und versuchen, Polen von einer Abkehr von seinen Atom-Plänen zu überzeugen. Brandenburg muss seinen Erfahrungsschatz beim Ausbau der Erneuerbaren Energien an Polen weitergeben.

Die Alternative zur Risikotechnologie Atomkraft und zur klimaschädlichen Kohleverstromung liegt im konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien, in der Entwicklung neuer Speichertechnologien, der Verbesserung der Energieeffizienz und in der Energieeinsparung. Der Weg dorthin hat bereits begonnen. Um den Schritt in die Energiewende konsequent umzusetzen, bedarf es eines Paradigmenwechsel in der Energieversorgung. Statt zentraler starrer Systeme werden dezentrale flexible Strukturen benötigt. Zwischen den Erneuerbaren Energien und den fossil oder atomar betriebenen Grundlastkraftwerken besteht ein Systemkonflikt. Die zentralen, starren Energiestrukturen über das Notwendige hinaus am Leben zu erhalten, heißt den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu blockieren.

Der Übergang in die Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien kann nicht von heute auf morgen geschehen. Für eine Übergangszeit müssen noch fossile Energieträger eingesetzt werden. Die Stromproduktion in fossilen Kraftwerken muss aber zumindest in dem Maße abgesenkt werden, in dem es Zuwächse auf dem Sektor der Erneuerbaren Energien gibt. Zuvorderst muss nun schnellstens der Ausstieg aus der Atomenergie vorange-

Datum des Eingangs: 22.03.2011 / Ausgegeben: 22.03.2011

trieben werden. Die Abschaltung der sieben ältesten Meiler sowie des Pannenreaktors Krümmel kann nur den ersten Schritt darstellen. Nach dem endgültigen Abschalten aller Atomkraftwerke muss ein gleitender Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen in der Reihenfolge ihrer Klimaschädlichkeit erfolgen. Das bedeutet, dass ein Ausstieg zuerst aus der Braunkohle, dann aus der Steinkohle und mittelfristig auch aus der Erdgasnutzung erfolgen muss. Dass dies ohne „Stromlücke“ möglich ist belegen zahlreiche Studien, z.B. die Studie „Klimaschutz: Plan B 2050“ von Greenpeace.

Angesichts der immensen Gesundheits- und Umweltrisiken durch die Atomenergie und des durch fossile Brennstoffe verursachten Klimawandels muss der vollständige Umstieg auf Erneuerbare Energien nun mit vereinten politischen Kräften beschleunigt werden.

Die angebliche Beherrschbarkeit von Risikotechnologien muss gesellschaftlich und politisch neu bewertet werden.

Auch wenn die Risiken der Atomenergie nicht direkt vergleichbar mit den Risiken der CO₂-Verpressung sind, handelt es sich bei den geplanten Endlagerungen von Abermillionen Tonnen CO₂ unter besiedeltem Gebiet um eine Risikotechnologie mit ungewissem Ausgang.

Die Ablösung der Risikotechnologie Atomkraft durch die Etablierung der Risikotechnologie CCS, nur um die gegenwärtigen zentralisierten fossilen Erzeugerstrukturen abzusichern, wäre daher eine falsche Kurzschlussreaktion auf die schrecklichen Ereignisse in Japan.

Der Landtag möge beschließen:

- In der Weiterentwicklung der Energiestrategie 2020 wird festgeschrieben, dass zu jeder Zeit eine atomstromfreie Energieversorgung Brandenburgs gewährleistet ist.
- Der Fortschreibung der Energiestrategie 2020 muss eine Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, insbesondere im Strombereich, zu Grunde liegen. Bis 2020 muss eine Abdeckung des Brandenburger Strombedarfs aus regenerativen Energieträgern erreicht werden. Dies beinhaltet auch verstärkte Anstrengungen für den Netzausbau zu initiieren. Um die notwendige Akzeptanz zu schaffen, bedarf es dazu einer landesgesetzlichen Regelung für eine generelle Erdverkabelung von 110 kV-Leitungen und einer Initiative auf Bundesebene, um die Erdverkabelung der geplanten 380 kV-Leitungen in sensiblen Bereichen voranzutreiben.
- In einem alternativen Zielszenario („Plan B“) muss in der Fortschreibung der Energiestrategie 2020 dargelegt werden wie die Elektrizitätsproduktion in den Jahren nach 2020 mit dem sukzessiven Auslaufen der bereits genehmigten Tagebaue und einem damit verbundenem mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung gestaltet werden kann. Der „Plan B“ muss vor allem berücksichtigen, dass die zukünftige Energieversorgung ohne den Einsatz der CCS-Technologie erfolgt, da die Umwelt- und Gesundheitsrisiken der CO₂-Verpressung unter bewohnten Gebiet nicht mit abschließender Sicherheit beherrschbar sind.
- Die Landesregierung macht ihren Einfluss bei Vattenfall, dem größten Energieproduzenten Brandenburgs, geltend, um das Unternehmen zu einer dauerhaften Abschaltung seiner deutschen Atomkraftwerke zu bewegen und den Konzern auf eine konsequente und vollständige Umstellung auf Erneuerbare Energien zu drängen.